

# Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

## Inhaltsverzeichnis

1. Aktuelles aus der Gesetzgebung .....	1
2. Aktuelles aus der Rechtsprechung.....	3
3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen.....	5
4. Neues auf Rehmnetz.....	5
5. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten.....	6

## 1. Aktuelles aus der Gesetzgebung

### 1.1 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz beschlossen

Mit der Mehrheit der Fraktionen von CDU und FDP und gegen die Stimmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen sowie der Linken hat der Landtag am Donnerstag, den 18.11.2010 in 3. Lesung das „1. Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG)“ beschlossen. Vorangegangen war ein im Mai 2010 begonnenes Gesetzgebungsverfahren verbunden mit einer mündlichen Anhörung Ende August. Auf den Newsletter Nr. 5/2010 wird verwiesen (er ist zu finden unter [http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht/NL-Archiv-Beamtenrecht\\_Offline.html](http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht/NL-Archiv-Beamtenrecht_Offline.html)). Im Verhältnis zum ursprünglichen Gesetzentwurf haben sich gleichwohl noch Änderungen ergeben:

- ✓ Es bleibt dabei, dass Schwerbehinderte unverändert mit Vollendung des 60. Lebensjahres auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt werden können. Ursprünglich war geplant, auch diese Altersgrenze anzuheben und zwar auf das 62. Lebensjahr.
- ✓ Für den Bereich der Polizei, des Justizvollzuges und der Berufsfeuerwehren wird eine in 3 Schritten gestaffelte Schutzregelung aufgenommen, die bewirkt, dass wenn im jeweiligen Umfang Schicht- bzw. Wechselschichtdienst geleistet wurde, es insoweit bei der besonderen Altersgrenze mit Vollendung des 60. Lebensjahrs bleibt.

Im Kern ist es jedoch bei der Absicht geblieben, beginnend mit dem Jahr 2012 und dem Jahrgang 1947 das Pensionseintrittsalter auf das 67. Lebensjahr anzuheben. Der Jahrgang 1964 ist dann der erste, der vollumfänglich bis zum 67. Lebensjahr arbeiten muss, damit eine ungekürzte Pension in Anspruch genommen werden kann. Das Gesetz ist mittlerweile im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen (GVBl. 2010, Teil I, S. 410) veröffentlicht.

### 1.2 Änderung der Arbeitszeitverordnung für den Bereich des Justizvollzuges

In den gesetzlichen Beteiligungsverfahren befindet sich derzeit eine Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der bei den hessischen Justizvollzugsanstalten tätigen Beamtinnen und Beamten (HAZVOVollz). Sie soll die bisherige Verordnung vom 16.7.2009 vollständig ersetzen. Zum Inhalt:

- Es soll auch im Bereich des Justizvollzuges bei einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 40, 41 bzw. 42 Stunden bleiben (§ 2 Abs. 1 HAZVOVollz).
- Gleiches gilt dann auch für die Beschäftigten, die im Schicht- bzw. Wechselschichtdienst eingesetzt sind (§ 3 Abs. 1 HAZVOVollz).

## Tipp

### Newsletter Beamtenrecht

Sie möchten regelmäßig über Neuerungen zum Beamtenrecht informiert werden? Dann abonnieren Sie doch unseren kostenlosen Newsletter Beamtenrecht.



[\[Jetzt abonnieren\]](#)

→ Der bisherige § 2a der HAZVOVollz (Experimentierklausel) soll ersatzlos entfallen. Offensichtlich hat dies in der Praxis zu keiner Anwendung geführt.

### 1.3 Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes

Im Rahmen einer generellen Novellierung des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) plant das Kultusministerium offensichtlich, auch das HPVG zu ändern. Dies wurde jetzt aus Anlass der Ressortabstimmung des Gesetzentwurfes bekannt. So soll

- ✓ bestimmt werden, dass die Mitbestimmung bei der Arbeitszeit nach § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG bei der Erstellung von Stundenplänen keine Anwendung findet.
- ✓ § 108 Abs. 1 HPVG soll dergestalt geändert werden, dass die Fachlehreranwärter sowie die Lehramts- und Studienreferendare für den Personalrat des Studienseminars wahlberechtigt sind. Bislang sind die Fachlehreranwärter zum Personalrat des berufspädagogischen Fachseminars wahlberechtigt.
- ✓ Bei der Ermittlung der Zahl der Wahlberechtigten für die Personalvertretungen sollen die Fachlehreranwärter sowie die Lehramts- und Studienreferendare nicht berücksichtigt werden.

Das Gesetzgebungsverfahren hat noch nicht begonnen. Nach den vorliegenden Informationen soll die Neufassung des Gesetzes insgesamt im August 2011 in Kraft treten.

### 1.4 Verlängerung des HDG und der WO-HPVG

In einem Sammelgesetz, das noch im Dezember 2010 vom Landtag verabschiedet wurde, sind Befristungen bestehender Gesetze und Verordnungen verlängert worden. Das **Hessische Disziplinargesetz** läuft Ende 2011 aus, es soll bis zum Ende 2016 verlängert werden.

Die **Wahlordnung zum HPVG** endet mit Ablauf des 31.12.2010. Sie wurde, erneut befristet, bis zum 31.12.2015 verlängert. In dem Zusammenhang werden jedoch auch redaktionelle Änderungen vorgenommen:

- In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „und § 13 Abs. 4“ gestrichen.
- In § 6 Abs. 2 Nr. 17 wird die Angabe „Abs. 5“ durch „Abs. 4“ ersetzt.
- In § 45 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „26, 28 und 29 Abs. 1 Satz 2“ durch „26 und 28“ ersetzt.



### Produktipp



v. Roetteken  
**Allgemeines  
Gleichbehandlungsgesetz  
– AGG**

Loseblattwerk in 3 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-6344-4  
€ 119,95 zzgl. Aktualisierungen  
€ 199,95 ohne Aktualisierungen

Im AGG werden Merkmale und Tatbestände von Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen konkretisiert. Dabei entstehen eine Menge neuer Pflichten für Arbeitgeber und Dienstherren, über deren Einhaltung Betriebs- bzw. Personalräte, betriebliche Beschwerdestellen und Gleichstellungsbeauftragte wachen.

Der Kommentar erläutert ausführlich die arbeitsrechtlichen Vorschriften des AGG, die Diskriminierungstatbestände und deren Vermeidung, unzulässige Verhaltensformen, Beschwerderechte und Rechtsschutz für die Betroffenen sowie Rechtsfolgen bei Verletzungen des Gesetzes. Die Kommentierung berücksichtigt eingehend die – vor allem europäische – Rechtsprechung. Die wichtigsten Urteile der Streitfälle werden in der Entscheidungssammlung fortlaufend ergänzt.

Durch die Verknüpfung von Kommentar und Rechtsprechung erhalten die Leserinnen und Leser einen zuverlässigen Überblick über die Thematik, sie können sich eine fundierte Meinung bilden und diese durch entsprechende Argumente untermauern. Der Kommentar wird durch die Loseblattform stets auf dem aktuellen Stand gehalten und liefert einen wichtigen Beitrag, um Diskriminierung zu vermeiden.

[\[mehr Info\]](#)

Bei diesen Änderungen handelt es sich um redaktionelle Anpassungen, die sich aus vorhergehenden, gesetzlichen Änderungen ergeben haben (Art. 6 der 7. Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften v. 29.11.2010, GVBl. I, S. 450, 451).

## 2. Aktuelles aus der Rechtsprechung

### 2.1 Personalrat hat Anspruch auf Überlassung einer „Stellenbesetzungsliste“

Im Newsletter Nr. 1/2010 vom März 2010 (S. 1 – Sie finden den Newsletter unter [http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht/NL-Archiv-Beamtenrecht\\_Offline.html](http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht/NL-Archiv-Beamtenrecht_Offline.html)) hatten wir über einen Rechtsstreit berichtet, in dem es um den Anspruch

eines Personalrats auf Überlassung einer sogen. „Stellenbesetzungsliste“ ging. In dieser Liste sollen u. a. Angaben unter Nennung des Namens über die tatsächliche Stellenbesetzung, Zeitraum einer evtl. Beurlaubung des Stelleninhabers etc. enthalten sein. Das **VG Darmstadt** hatte diesem Anliegen Rechnung getragen (Beschluss v. 28.2.2010, Az.: 23 K 851/08.DA.PV(1)). Hiergegen richtete sich die Beschwerde des Dienststellenleiters. Erfolglos. Der **HessVGH** hat nunmehr entschieden, dass die Beschwerde mit der Maßgabe zurückgewiesen wird, dass die Verpflichtung festgestellt wird, dem Vorsitzenden des Personalrats jährlich folgende Informationen in schriftlicher Form zukommen zu lassen:

- Die tatsächliche Stellenbesetzung unter namentlicher Benennung der Beschäftigten,
- die Mitteilung, in welcher Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe der jeweilige Stelleninhaber tatsächlich eingruppiert ist,
- ob und ggf. in welchem Zeitraum der Stelleninhaber beurlaubt ist,
- wo der Stelleninhaber organisatorisch (Abteilung/Dezernat) angesiedelt ist, und
- ob es sich bei der jeweiligen Stelle um eine Vollzeit- oder Teilzeitstelle handelt, wobei im letzteren Fall der genaue Stellenanteil anzugeben ist.

*HessVGH v. 18.11.2010, Az.: 22 A 437/10.PV*

### 2.2 HessVGH: Leiharbeitnehmer sind nach dem HPVG in der Dienststelle des Entleihers aktiv und passiv wahlberechtigt

Der HessVGH hat jetzt mit seinem Beschluss v. 18.11.2010 einen seit Juni 2008 bestehenden Rechtsstreit beendet. Es ging um die Frage, ob bei den im Mai 2008 durchgeführten regelmäßigen Personalratswahlen bei der Uniklinik Frankfurt a. M. rd. 900 Beschäftigte, die als Leiharbeitnehmer der Rhein-Main-Personalservice GmbH (RMPS) bei der Universitätsklinik Frankfurt a. M. beschäftigt sind, bei den Personalratswahlen wahlberechtigt und wählbar waren. In einem ersten Verfahren



### Produkttip

Walz/Eichen/Sohm  
**Soldatengesetz**



2., neu bearbeitete Auflage 2010  
XXIX, 1.058 Seiten, Hardcover  
ISBN 978-3-8073-0228-7  
€ 84,95

[\[bestellen\]](#)

#### Der Inhalt:

Die neue Auflage des bewährten Kommentars gibt kompetente Antworten auf alle rechtlichen Fragen des Truppenalltags.

- Durch die Einarbeitung des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2008, des Beamtenstatusgesetzes sowie zahlreicher Änderungen des Bundesbeamtenstatusgesetzes und des Soldatengesetzes aufgrund des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes ist der Kommentar auf aktuellem Stand der Gesetzgebung.
- Neben Erläuterungen zu den Rechten und Pflichten der Soldaten wird dem militärischen Statusrecht in besonderem Maße Rechnung getragen.
- Querverbindungen zum Beamtenrecht werden deutlich gemacht.
- Jede Norm wird von ihrer Entstehung bis zur gegenwärtig geltenden Fassung mit sämtlichen Änderungen in allen Tatbestandsmerkmalen detailliert und praxisgerecht erläutert.
- Rechtsprechung und Literatur sind in zahlreichen weiterführenden Fundstellennachweisen ausgewertet.

hatte dies das VG Frankfurt a. M. bestätigt (VG Frankfurt a. M. v. 3.11.2008, PersR 2009, S. 84 ff.). Durch Rücktritt des Personalrats wurde die hiergegen eingelegte Beschwerde beim HessVGH jedoch gegenstandslos. Im November 2009 fanden vorgezogene Personalratswahlen statt, bei denen die genannten Beschäftigten auf die Wählerliste gesetzt wurden.

Hiergegen richtete sich das Wahlanfechtungsverfahren des kaufm. Direktors der Uniklinik Frankfurt a. M. Zunächst erneut erfolglos vor dem VG Frankfurt a. M. (Beschluss v. 15.3.2010, Az.: 23 K 3864/09.F.PV), dann vor dem HessVGH. Der, wie zu sehen, allerdings die Beschwerde zurückwies. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass es zur Wahlberechtigung nicht darauf ankommt, ob ein Beschäftigungsverhältnis zur Dienststelle besteht, bzw. überhaupt zustande kommen sollte. Die nicht nur vorübergehende Integration in die interne Arbeitsorganisation reicht aus.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Die Beschwerde zum BVerwG wurde nicht zugelassen. Hiergegen kann jedoch die Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt werden.

Die **Rechtsbeschwerde** zum BVerwG wurde **nicht zugelassen**. Bei Redaktionsschluss dieses Newsletters war die Entscheidung noch nicht formell zugestellt. Ob gegen die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde eine Nichtzulassungsbeschwerde eingereicht wird, stand noch nicht fest.

*HessVGH Beschluss v. 18.11.2010,  
Az.: 22 A 437/10.PV*

### 2.3 Anspruch von Beamtinnen und Beamten auf Abgeltung von Erholungsurlaub

Das Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. hat für den EuGH einen Vorlagebeschluss gefertigt, in dem es um die Frage geht, ob Beamtinnen und Beamten ein finanzieller Abgeltungsanspruch zusteht, wenn Erholungsurlaub wegen längerer Krankheit einerseits und anschließender direkter Ruhestandsversetzung andererseits nicht mehr in Anspruch genommen werden kann. Diese Fragestellung ist derzeit noch offen.

Geklärt durch Rechtsprechung für den Bereich der Arbeitnehmer einerseits und auch durch eine Änderung der Hess. Urlaubsverordnung durch das 1. DRModG andererseits ist der Fall, dass wegen Krankheit Urlaub verfällt, nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit jedoch der Dienst auch wieder aufgenommen wird. In diesem Falle verfällt der Urlaub nicht (mehr).

Unklar jedenfalls für den Beamtenbereich ist jedoch, ob im Falle der direkten Ruhestandsversetzung ein Anspruch auf Besoldungsausgleich besteht. Die nationalen Gerichte verneinen dies weitestgehend. Besoldung sei Alimentation und keine finanzielle Gegenleistung für erbrachte Arbeitsleistung.

*VG Frankfurt a. M. v. 25.06.2010, Az.: 9 K 836/10.F*

### www.rehmnetz.de – Unsere Themenseiten

Beamtenrecht

→ <http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html>

Personalvertretungsrecht

→ <http://www.rehmnetz.de/Personal/Personalvertretungsrecht.html>

Gleichstellungsrecht

→ <http://www.rehmnetz.de/Personal/Gleichstellungsrecht.html>



## 3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

### 3.1 Änderungstarifverträge zum TV-H bzw. zum TVÜ-H

Im schriftlichen Verfahren haben sich die Gewerkschaften und das HMdLuS im Herbst auf einen ersten Änderungstarifvertrag zum TV-H bzw. zum TVÜ-H verständigt. In sachlicher Hinsicht bezieht sich dieser ausschließlich auf den Bereich der Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken und vollzieht die Einkommenssteigerungen des Jahres 2010 nach, die zwischen dem Marburger Bund einerseits und dem Land Hessen andererseits vereinbart wurden. Die Verträge befinden sich derzeit im Unterschriftsverfahren. Mit einer Veröffentlichung im HBR III ist im ersten Halbjahr 2011 zu rechnen.

### 3.2 Tarif- und Besoldungsrunde 2011 Land Hessen

Im Jahre 2011 findet für den Bereich der hessischen Landesverwaltung eine Tarifrunde statt. Seitens der Gewerkschaften wurden die entsprechenden Einkommenstabellen mit Ablauf des 31.12.2010 gekündigt. Vor dem Hintergrund des seit September 2006 föderalisierten Besoldungsrechts, wird auch über eine parallele Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten im Landes- und kommunalen Bereich zu entscheiden sein. Parallel dazu findet auf der Ebene der TdL ebenfalls eine Tarifrunde statt. Die Forderungen hierfür wurden am 14.12.2010 durch die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di beschlossen. Sie wird auch maßgebend für das Vorgehen in Hessen ein. In Hessen beginnen die Verhandlungen am 11.2.2011 in Wiesbaden.

## 4. Neues auf Rehmnetz

### 4.1 Rechtsprechung

#### Streikrecht für Beamte

Das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf hat einer

verbeamteten Lehrerin das Recht auf Streik zugestanden. Damit hat die Disziplinarkammer am 15.12.2010 der Klage der Lehrerin stattgegeben und die Disziplinarmaßnahme der Bezirksregierung aufgehoben.

Lesen Sie [hier](#) mehr dazu.

### 4.2 Blog zur Beamtenrechtsreform

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. Lesen Sie im Blog:

#### Die neuesten Themen:

- [Disziplinarrecht einmal ganz anders](#)
- [Keine Geschenke für Beamte](#)
- [Ämterstabilität – das war's](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

### 4.3 Newsletter zur Beamtenrechtsreform

Die aktuelle Ausgabe 1/Januar 2011 unseres Newsletters zum Beamtenrecht befasst sich mit den aktuellen Änderungen im Beihilferecht. Sie finden die Ausgabe [hier](#).

#### Tipps

### Mein rehmnetz: Arbeitshilfen Werden Sie rehmnetz-Mitglied und sichern Sie sich viele Vorteile

Wir stellen Ihnen eine ständig wachsende Auswahl an kostenfreien Arbeitshilfen zur Verfügung. Profitieren Sie bei Ihrer täglichen Arbeit von diesen kleinen Helfern und werden Sie jetzt rehmnetz-Mitglied.

[\[jetzt Mitglied werden\]](#)



bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

## Ihre Arbeitshilfen



Expl. \_\_\_\_\_  
v. Roetteken/Rothländer  
**Hessisches Bedienstetenrecht – HBR**  
Gesamtausgabe  
Loseblattwerk in 15 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9311-3  
€ 359,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Auch erhältlich als Teilausgaben:

Expl. \_\_\_\_\_  
Teil I:  
**Personalvertretungsrecht**  
Loseblattwerk in 3 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9511-7  
€ 124,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. \_\_\_\_\_  
Teil IV:  
**Beamtenrecht**  
Loseblattwerk in 7 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9811-8  
EUR 249,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. \_\_\_\_\_  
v. Roetteken  
**Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG**  
Loseblattwerk in 3 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-6602-5  
EUR 159,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. \_\_\_\_\_  
v. Roetteken/Rothländer  
**Beamtenstatusgesetz**  
Kommentar  
Loseblattwerk in 2 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-0953-4  
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

## Jetzt bereits vormerken:

Rothländer  
**Leitfaden für die Personalratswahlen nach dem HPVG**  
Die Neuauflage erscheint rechtzeitig zu den Wahlen 2012!



Picken Sie sich  
das Beste heraus!

Wichtige Informationen  
zum Themenkomplex  
Beamtenrecht finden Sie auf  
unserer Homepage!

[mehr Info]



## Weitere Bestellmöglichkeiten

**Bestellhotline:**  
0 800 / 21 83-333

**Bestellfax:**  
0 89 / 21 83-76 20

**Per E-Mail:**  
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

**Per Internet:**  
www.rehmnz.de

**Per Post:**  
Verlagsgruppe  
Hühig Jehle Rehm GmbH  
81677 München



## Der Blog zur Beamtenrechtsreform

mit Dr. Maximilian Baßlperger, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig; Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern.

[>>> zum Blog](#)Live und ungefiltert!  
Blog rund um das Thema  
Gleichstellungsrecht

mit Kristin Rose-Möhring, Gleichstellungsbeauftragte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Mit-herausgeberin der GiP.

[>>> zum Blog](#)

[Hier](#) können Sie unser komplettes Titelangbot  
zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515186

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)\*

Telefax (freiwillig)\*

E-Mail (freiwillig)\*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

**\*Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.  
Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

## Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

## Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Januar 2011